

CO₂-Speicherung

Lobbyrepublik Deutschland

Das Beispiel des CCS-Gesetzes zeigt, wie Profitlobbyismus die Legislative untergräbt

Verschiedene Interessen zu berücksichtigen ist die Aufgabe von Politikern beim Erarbeiten von Gesetzen. Wenn aber – wie beim Gesetz zur CO₂-Speicherung – Konzernlobbyisten alle kritischen Stimmen verdrängen und nur noch von anderen Lobbyisten gestoppt werden können, ist die Demokratie in Gefahr. ■ VON MARCO BÜLOW, SPD

Lobbyismus ist so alt wie Politik. Doch erst seit ich vor acht Jahren in den Deutschen Bundestag eingezogen bin, spüre ich hautnah, wie massiv wirtschaftliche Interessen die Arbeit von Regierung und Parlament beeinflussen und wie dieser Einfluss immer noch weiter zunimmt.

Einen traurigen Höhepunkt erleben wir gerade mit der neuen Bundesregierung und ihren Geschenken an Hoteliers, die Pharmedia und die Atomindustrie. Besonders dreist war der „Deal“, den die Regierung mit den Energiekonzernen zu den Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken ausgehandelt hat. Zunächst holte sich Umweltminister Norbert Röttgen den obersten Atomlobbyisten Gerald Hennenhöfer in sein Ministerium und überließ ihm die Zuständigkeit für die Reaktorsicherheit. Für ein sogenanntes „richtungsweisendes Energiegutachten“ beauftragte die Bundesregierung dann ein Institut, das zu einem beachtlichen Teil von zwei der vier großen deutschen Energieunternehmen gesponsert wird. Für die Verhandlungen mit der Atomwirtschaft und den daraus resultierenden Gesetzentwurf wurde dann auch noch eine Anwaltskanzlei angeheuert, die sonst für RWE arbeitet. Die Laufzeitverlängerungen wurden also nicht von der Regierung geschweige denn vom Parlament, sondern hauptsächlich von Atomlobbyisten ausgehandelt. An beiden Seiten des Verhandlungstisches saßen Männer, die von Profitinteressen geleitet waren – niemand muss sich also über das Ergebnis wundern.

Dabei ist überhaupt nichts dagegen zu sagen, wenn Unternehmen und Verbände ihre Interessen vertreten. Es ist Aufgabe von Politikerinnen und Politikern, deren

Positionen anzuhören, solange sie dabei andere Meinungen und Interessen nicht überhören. Doch die Einflussnahme von einigen Wirtschaftsinteressen nimmt zu und ist mittlerweile fast grenzenlos, sodass die Waffenungleichheit zwischen den verschiedenen Lobbygruppen immer größer wird.

Auf der einen Seite gibt es den sogenannten Profitlobbyismus, der Konzernen oder Unternehmensverbänden dient, die ihn natürlich zur Sicherung und zum Ausbau ihres Profits einsetzen. Opulente Einladungen zu Veranstaltungen und Abendessen gehören hier genauso zum Beeinflussungsrepertoire wie Einzelgespräche und Hinterzimmertreffen. Die Profitlobbyisten sind personell und finanziell gut ausgestattet, ihre Mitarbeiter sind gut geschult, hartnäckig, immer höflich. Sie nutzen die Eitelkeit der Politiker und geben den einzelnen Abgeordneten das Gefühl, ganz besonders wichtig zu sein.

Gemeinwohl mit schwerem Stand

Auf der anderen Seite gibt es die Verbände und Initiativen, die sich für das Gemeinwohl, also beispielsweise für Umweltschutz oder Kinderrechte, einsetzen und keine wirtschaftlichen Interessen verfolgen. Sie sind personell meist unterbesetzt, ihre Mitarbeiter verdienen wenig und arbeiten teilweise ehrenamtlich. Damit bleibt ihnen weniger Zeit als den Kollegen aus den Unternehmen, um Politiker zu beeinflussen. Zudem kommen sie schnell zur Sache und es liegt ihnen meist fern, den Politikern Honig um den Bart zu schmieren. Es ist leider menschlich, dass ihre Methode häufig nicht so schnell zu einem Entgegenkommen der Abgeordneten führt.

Obwohl der Profitlobbyismus immer mehr an Einfluss gewinnt, ignoriert die Mehrheit der Abgeordneten diese Entwicklung, die sie selbst immer mehr entmachtet. Dabei wäre es höchste Zeit, eine Debatte darüber zu führen, wie wir den Lobbyismus begrenzen. Dazu müssen wir uns genauer anschauen, wie er funktioniert. Ein Beispiel aus der letzten Legislaturperiode sind die Diskussionen um ein Gesetz zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung, englisch Carbon Capture and Storage (CCS).

Das CCS-Gesetz: ein reales Trauerspiel

Zur Zeit der Großen Koalition war ich als umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion auch für CCS zuständig. Zwei Jahre lang haben wir Fachpolitiker uns mit dem Thema auseinandergesetzt. Wir haben Experten angehört, Gutachten gelesen, diskutiert und uns eine differenzierte Position erarbeitet. Solange kein Gesetzentwurf vorlag, hat sich kein Lobbyist für uns interessiert. Wie so häufig, wurde in unserer Fraktion und auch im Parlament der Zeitpunkt verpasst, ein Thema relativ unbeeinflusst, ohne öffentlichen Druck zu diskutieren.

Als Anfang 2009 das Umweltministerium in Abstimmung mit dem Wirtschaftsressort einen Gesetzentwurf erarbeitete, lief die Lobbymaschine jedoch plötzlich auf Hochtouren. Der Energielobby ging es um ein Gesetz, das den Betreibern nur geringe Auflagen macht und ihren Kostenbeitrag in Grenzen hält. Hierzu fertigte man einen eigenen Gesetzentwurf an – den sich das Wirtschaftsministerium vor seinen Verhandlungen mit dem Umweltministerium zum größten Teil zu eigen machte.

Unser Anliegen in der Arbeitsgruppe

Umwelt der SPD war es, die Chance zu einer weiteren Minderung der deutschen Treibhausgasemissionen wahrzunehmen, ohne die Risiken herunterzuspielen. Das bedeutete, die Betreiber nicht aus der Haftung und finanziellen Verantwortung zu entlassen und mit klaren Regelungen dafür zu sorgen, dass CCS nach höchsten Sicherheitsstandards angewendet wird. Zudem sollte klar werden, dass CCS den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht ersetzen soll und deshalb der Staat weder zu viel Geld in die Projekte stecken noch die Kostenrisiken nach kurzer Zeit vergesellschaften darf.

Interne Papiere mit entsprechendem Inhalt, die wir nicht elektronisch versendeten, sondern nur an die Mitglieder der Arbeitsgruppe austeilten, lagen überraschenderweise in Windeseile auf den Tischen der Lobbyisten. Generell gilt: Gleich wie klein die Runde ist, egal wie vertraulich Papiere sind – es scheint, als säßen Lobbyisten immer mit am Tisch.

Direkter Draht zur Politik

Nachdem die Energielobby schon viele Forderungen in dem Gesetzentwurf der Ministerien unterbringen konnte, richtete sich das Hauptaugenmerk nun auf die Abgeordneten, denen der Entwurf zur Beratung vorlag. Da die EU zugesagt hatte, CCS-Demonstrationsvorhaben zu subventionieren, die bis 2010 in Angriff genommen würden, drängte man auf eine zügige Verabschiedung des Gesetzes. Unsere Arbeitsgruppe schlug vor, ein Gesetz für zwei bis drei Demonstrationsvorhaben zu beschließen, um dann genug Zeit für ein Folgegesetz zu haben. Gegen diesen Vorschlag erhob sich aber vor allem in der Union heftiger Widerstand, hinter dem ziemlich klar die Energielobby steckte. Ihr war daran gelegen, jetzt Nägel mit Köpfen zu machen und sich mit überschaubaren Haftungsverpflichtungen alle Wege offenzuhalten.

Das Spiel ging weiter. Als bald versuchten mich auch Abgeordnete meiner Fraktion zu beeinflussen, nachdem diese wohl selbst von den Unternehmen lobbiiert worden waren. So forderte ein Kollege, an

den Verhandlungen mit der Union beteiligt zu werden, auch wenn CCS mit seinem Fachgebiet nichts zu tun hatte.

Druck und Drohungen

Es wurde immer schwieriger, eine differenzierte Position innerhalb unserer Fraktion zu vertreten und Einfluss auf das Gesetz zu nehmen. Während die Lobbyvertreter in diesem Fall für den Wohlfühllobbyismus zuständig waren, übernahmen die von den Unternehmen für ihre Ziele gewonnenen Politiker das schmutzigere Geschäft der Beschuldigungen und Drohungen. Der Vorwurf der Wirtschafts- und Technikfeindlichkeit und die angebliche Gefährdung von Arbeitsplätzen sind Totschlagargumente, die, egal wie unsinnig sie sind, immer wieder vorgebracht werden. Denn kein Abgeordneter kann wirklich überschauen, wie stark ein Unternehmen von einer Regelung be- oder entlastet wird.

Auch in der SPD-Fraktion spürte ich, dass unsere erarbeitete Position immer mehr an Rückhalt verlor. Noch standen viele zu der kritischen Haltung gegenüber CCS, aber wenige verteidigten dies offensiv, während die glühenden Befürworter der Technologie an Zulauf gewannen.

Bei den Verhandlungen mit dem Koalitionspartner wurde deutlich, dass die Union keine Zugeständnisse machen, dafür aber eine weitreichende Erleichterung der Enteignung von Grundstücksbesitzern erreichen wollte. Darauf wollten wir uns nicht einlassen. Ein Kompromiss wurde immer unwahrscheinlicher. Damit war als Minimalkonsens nur eine Einigung auf den Regierungsentwurf möglich – der viele Fragen nicht beantwortete und der Industrie einen Blankoscheck ausstellte. Die Lobbyisten jubelten.

Rückschlag der Gegenlobby

Während es uns Umweltpolitikern also nicht einmal gelang, kleinere Änderungen vorzunehmen, hatte sich die Lobby in vielen Punkten durchgesetzt. Noch immer hatten wir in meiner Fraktion nicht ausgiebig über CCS und das Gesetz diskutiert. In der Woche nach der entscheidenden

Fraktionssitzung, in der wir nun endlich über das Gesetz sprachen, gab es dann eine Überraschung: Angela Merkel höchstpersönlich kündigte die komplette Absetzung des Gesetzes an. Was war geschehen?

Hinter der Ablehnung des Gesetzes steckten – Lobbyisten. Diesmal nicht die Energiebranche, sondern der Bauernverband. Dort war registriert worden, dass die Pipelines über das Land vieler Mitglieder gebaut werden sollten und die Endlager auch Flächen und Böden beeinträchtigen könnten. Vor allem in Schleswig-Holstein und Bayern gab es binnen kurzer Zeit viel Protest. Der angeschlagene Kieler CDU-Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und einige CSU-Abgeordnete entdeckten plötzlich ein Thema, mit dem sie in der Bevölkerung punkten konnten.

So wurde das CCS-Gesetz kurzerhand begraben. Viele Kritiker freuten sich, ich aber war wütend. Denn das Prozedere war ein eindrucksvoller Beweis für den Machtverlust, den Abgeordnete hinnehmen, wenn sie sich immer wieder von Lobbyisten leiten lassen.

Es kann und darf nicht sein, dass wir Abgeordneten uns nur noch durchsetzen können, wenn wir eine Lobby gegen die andere ausspielen können. Wir müssen mehr Transparenz schaffen und den ausufernden Profitlobbyismus jetzt begrenzen. Dazu gibt es Mittel und Möglichkeiten. Wir Politiker müssen vorangehen, wenn wir an Glaubwürdigkeit zurückgewinnen wollen. Wir brauchen aber auch die Unterstützung oder besser den Druck der Bürgerinnen und Bürger, damit das Thema wirklich ernst genommen wird.

Der Artikel ist eine veränderte und gekürzte Fassung eines Kapitels aus Marco Bülow's Buch „Wir Abnicker“ (Econ, Berlin 2010). Weitere Informationen und ein Forderungskatalog siehe unter www.marco-buelow.de/service/veroeffentlichungen

Marco Bülow ist Journalist. Als Abgeordneter für die SPD vertritt er seinen Heimatwahlkreis Dortmund im Bundestag.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 227-73403, Fax -76488,
E-Mail: marco.buelow@bundestag.de,
www.marco-buelow.de

